



## **Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg zum Tag des verfolgten Anwalts am 24. Juni 2022**

Sehr geehrte Frau Roth, sehr geehrter Herr Beeko,  
lieber Herr Dr. Dickert, liebe Mitveranstalter,  
liebe Engagierte und Interessierte,

ich bin stolz, dass gerade in unserer Stadt, in der wir seit vielen Jahren die Selbstverpflichtung einer Stadt des Friedens und der Menschenrechte mit Leben erfüllen, bereits seit 2015 die wohl sichtbarste Veranstaltung zum Tag des verfolgten Anwalts in ganz Deutschland stattfindet.

Sie haben mit Ihren Vorträgen und Diskussionen der letzten Jahre unter anderem den Blick in die Vergangenheit gerichtet, am Beispiel verfolgter jüdischer Anwälte während des NS-Zeit oder aber in die Ferne, auf illiberale und autoritäre Regimes viele Flugstunden entfernt, die Anwälte und Menschenrechtsverteidigerinnen an ihrer Berufsausübung hindern, sie willkürlich inhaftieren, unter Terrorismusverdacht stellen und ihnen ein faires Verfahren verweigern. Aber auch innerhalb der Europäischen Union und in den USA müssen wir beunruhigende Entwicklungen der demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen beobachten: Das System der Gewaltenteilung erodiert in vielen Demokratien, die eigentlich als stabil gegoltenen hatten - wie Polen oder der Türkei. Das Streben nach Machtgewinn und Machterhalt droht hier immer mehr, Rechtstreue und Rechtsstaatlichkeit als handlungsweisende Prinzipien abzulösen. Auch wenn unsere Blickachse sich augenblicklich angesichts des schrecklichen Krieges auf europäischem Boden sehr in Richtung Ukraine und Russland verengt hat, dürfen wir dies nicht ignorieren.



Und schließlich ist das Thema auch bei uns angekommen – nicht in Gestalt staatlich verordneter Repression, nein, ausgehend von Wut- und Hassbürgern, die sich militant im Internet und auf der Straße enthemmen. Extremisten, aber auch emotionalisierte Normalbürgerinnen fühlen sich zwischenzeitlich berechtigt, Angst und Schrecken zu verbreiten. Ich erinnere nur an die unsäglichen Drohungen gegen die Rechtsanwältin Seda Başay-Yildiz, einer der Vertreterinnen der Nebenklage im NSU-Prozess. Sie hat bei der letzten Veranstaltung im Jahr 2020 hier gesprochen. Und sie ist leider kein Einzelfall: Schmähungen bis hin zu Todesdrohungen gegen Anwältinnen und Anwälte, die entweder selbst einen Zuwanderungshintergrund haben oder die Zugewanderte vor Gericht vertreten, sind nur die Spitze des Eisbergs. Immer häufiger lesen wir auch von Angriffen auf Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, die Asylsuchende vertreten, als wären diese von grundlegenden rechtstaatlichen Ansprüchen ausgenommen. So hat der Stuttgarter Rechtsanwalt Engin Sanli – weil er einen inzwischen abgeschobenen Asylsuchenden vertreten hatte - an einem einzigen Tag mehr als 3.000 Hassbotschaften bekommen. Dass die Ermittlungen im Falle von Frau Basay-Yildiz direkt in ein Frankfurter Polizeirevier führten und sich damit der Verdacht auf rechtsextreme Netzwerke innerhalb der Sicherheitsbehörden erhärtete, ist mehr als beunruhigend. Denn dies führt unwillkürlich zur Frage, ob unser Staat seinen Schutz- und Gewährleistungspflichten gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern noch nachkommt. Anwältinnen und Anwälte gehören zu den Garanten unseres Rechtsstaates; sie wirken als Organe der Rechtspflege an seiner Verwirklichung mit. Damit ist jeder Angriff gegen sie auch ein Angriff auf den Rechtsstaat.

Wolfgang Thierse sagte anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Anwalt ohne Recht“ am 15. Januar 2003: „Berufs- und



Standesorganisationen dürfen nicht schweigen, wenn ihre Mitglieder diskriminiert werden. Aufgabe von Justiz und Politik ist es, zu verhindern, dass unser Rechtssystem jemals wieder zu Unrecht pervertiert werden kann. Und natürlich fordert die Auseinandersetzung mit dem dunkelsten Kapitel unserer Geschichte alle Demokraten auf, schon den Anfängen von Ausgrenzungen und Stigmatisierungen in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken - wo immer sie sich zeigen und gegen wen auch immer sie gerichtet sind: Andersdenkende, Andersgläubige, Anderslebende. Wachsam zu sein und bereits den Anfängen zu wehren.“ Aber auch für die oftmals schweigende Masse demokratisch gesinnter Staatsbürgerinnen und -bürger gilt es jetzt zu zeigen, was wir an unserem System nationaler Rechtsstaatlichkeit und internationaler regelbasierter Kooperation eigentlich haben und was es zu verlieren gibt.

Wir als demokratische Mehrheitsgesellschaft dürfen uns von den genannten Aktionen nicht einschüchtern lassen, ganz im Gegenteil, wir müssen den Mut aufbringen, diese öffentlich zu machen, uns noch eindeutiger als bisher gegen undemokratische Haltungen und Äußerungen zu positionieren, Stopp zu sagen! Dann wird es für Hass- und Wutbürger, für Rassisten, Nationalisten und Antisemiten immer schwerer, überhaupt gehört zu werden. Oder kurz gesagt: Macht es den Antidemokraten so schwer wie möglich. Die heutige Veranstaltung leistet ganz sicher dazu einen Betrag!